Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

27. Sitzung
4. Oktober 2023

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 12.15 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, es seien weder im Vorfeld schriftliche Fragen eingereicht worden noch gebe es eine spontane Frage. Damit sei der Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Staatssekretär Florian Graf (CdS) berichtet, in der vergangenen Woche habe eine Bundesratssitzung stattgefunden. Dort sei die von den Ländern Berlin und Brandenburg eingebrachte Initiative zur Beschleunigung des Schienenausbaus beraten und beschlossen worden. Diese Initiative sei im Mai gestartet worden. Ihr seien fast alle östlichen Bundesländer beigetreten.

Am 6. Und 7. September 2023 habe eine Ministerpräsidentenkonferenz – MPK – in Brüssel stattgefunden. Begonnen habe der Austausch mit einen Kamingespräch mit der Präsidentin

der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Dem seien Austausche mit Vizepräsident Margaritis Schinas, Exekutiv Vizepräsident Maroš Šefčovič, Kommissarin Kadri Simson sowie Kommissar Virginijus Sinkevičius gefolgt. Im Kern sei es um die Themen Energiepolitik, Asyl und Kohäsionspolitik gegangen. Derzeit werde in Brüssel eine Richtlinie zum Thema Gebäudeenergieeffizienz beraten, die enorme Auswirkungen haben werde, weil sie in Hinblick auf private Gebäude Standards für Sanierungen vorschreiben werde. Außerdem enthalte die Richtlinie eine höhere Verpflichtung für die Gebietskörperschaften im Bereich Sanierung. Diesbezüglich sei im Länderkreis darauf hingewiesen worden, sich sehr genau anzusehen, wie in Deutschland die Diskussion im Zusammenhang mit dem Heizungsgesetz verlaufen sei.

Zum Thema Asyl habe es einen Ausblick darauf gegeben, ob es zu einem europäischen Asylkompromiss kommen werde oder nicht. – Die Thematik Kohäsionspolitik sei für Berlin von besonderer Bedeutung, insbesondere in Hinblick auf den Aspekt Auslaufen der Förderperiode. Er selbst habe sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesvertretung ausgetauscht, die nunmehr seit der Wiederholungswahl zum Kernbereich der Senatskanzlei gehörten. Für die Landesvertretung wäre es gut zu wissen, ob der Ausschuss einmal pro Jahr nach Brüssel reisen werde. Früher sei dies Tradition gewesen, mit der Pandemie habe sich dies dann geändert.

Die Chefinnen und Chefs der Senats- und Staatskanzleien hätten sich vom 20. bis 22. September in Wilhelmshaven getroffen. Das Treffen habe insbesondere der Vorbereitung der Jahres-MPK gedient, die kommende Woche in Frankfurt am Main stattfinden werde. Am 1. Oktober sei der Vorsitz vom Land Niedersachsen auf das Land Hessen übergegangen. Die Jahreskonferenz werde sich mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren – Pakt für Deutschland – befassen, wozu eine abgestimmte Fassung der Länder vorliege. Darüber hinaus stünden zahlreiche Bund-Länder-Finanzierungsfragen auf dem Programm. Er weise darauf hin, dass es derzeit kein Einvernehmen mit dem Bund über die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung gebe. Die entsprechende Bund-Länder-Arbeitsgruppe habe ihre Arbeit zunächst einmal beendet. Zudem stehe das Thema Krankenhausreform auf dem Programm.

Andreas Otto (GRÜNE) wirft die Frage auf, welche Folgen der Beschluss zur Beschleunigung des Schienenausbaus haben werde.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erwidert, er habe vor allem die Auswirkung, dass sich die Instanzenwege bei Klagen und Widersprüchen reduzierten. Deshalb könne davon ausgegangen werden, dass sich die Planungszeiträume künftig verkürzten.

Antje Kapek (GRÜNE) kommt auf die MPK in Brüssel zurück, wozu sie wissen wolle, ob auch Gespräche mit der Berliner Landesvertretung geführt worden seien und ob beabsichtigt sei, Berlin künftig stärker in Brüssel aufzustellen. Sollte dies beabsichtigt sein, in welcher Form?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) berichtet, er habe sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesvertretung getroffen und insbesondere über das Auslaufen der Förderperiode, Energie- und Asylpolitik gesprochen. Berlin vertrete die klare Position, dass weiter alle Regionen Teil der Strukturförderung bleiben sollten. Er empfehle allen, regelmäßig in Brüssel

den Austausch zu suchen. Aktuell habe der Senat das Thema Europastrategie im Blick. Diese setze vor allem darauf, die Weiterbildung und Fortbildung in der Hauptverwaltung und den Bezirken zu forcieren, um die Europakompetenzen zu stärken. Darüber hinaus wolle sich das Land Berlin hinsichtlich der europäischen Fördermittel strategisch anders aufstellen. Seine entsprechenden Überlegungen werde Staatssekretär Hauer zeitnah in den Senat einbringen. Anschließend würden sie dem Parlament zur Verfügung gestellt.

Antje Kapek (GRÜNE) schließt sich dem Appell an, Brüssel möge regelmäßig besucht werden. – Aus ihrer Sicht gebe es für das Land Berlin in Hinblick auf sein Engagement in Brüssel insbesondere im Vergleich mit anderen Städten oder Regionen noch Luft nach oben.

Vorsitzender Andreas Otto erklärt, er werte die Ausführungen als Kommentierung und nicht als Frage, weshalb es keiner Antwort bedürfe. – Der Tagesordnungspunkt sei damit für heute abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Staatssekretär Florian Graf (CdS) weist darauf hin, der Rat der EU habe Staatssekretär Hauer zum Berliner Mitglied im EU-Ausschuss der Regionen ernannt. Er habe dieses Mandat zum ersten Mal in der vergangenen Woche wahrgenommen. Staatssekretär Hauer gehöre der Fachkommission COTER – Kohäsionspolitik und EU-Haushalt – an. In der Förderperiode bis 2027 gehe es um ein Fördervolumen im Umfang von 828 Millionen Euro. Auch in Brüssel würden die finanziellen Ressourcen nicht mehr, vielmehr seien sie umkämpfter. Genau deshalb sei es wichtig, dass Berlin darum kämpfe, weiter von der Strukturförderung zu partizipieren. – Hinsichtlich der Europastrategie wolle der Senat vor der Europawahl eine Beschlussfassung herbeiführen.

Vorsitzender Andreas Otto hält fest, dass der Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung erledigt sei.

Punkt 4 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Novelle des RBB-Staatsvertrags. Aktueller Stand** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0078 BuEuMe
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Empfehlungen des Rechnungshofs von Berlin und des Landesrechnungshofs Brandenburg im Hinblick auf eine Reform des RBB** (auf Antrag der AfD-Fraktion)	0072 BuEuMe

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

a)	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1101 **Gesetz zum Vierten Medienänderungsstaatsvertrag**	0084 BuEuMe
b)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 19/0967 **Vierter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge**	0059 BuEuMe

Staatssekretär Florian Graf (CdS) legt dar, der Senat habe das Abgeordnetenhaus bereits darüber informiert, der Regierende Bürgermeister habe den Vertrag bereits am 11. Mai 2023 unterzeichnet. Inhaltliche gehe es um medienrechtliche Regelungen, die ins Berliner Landesrecht transformiert werden sollten. Inhaltlich gehe es dabei insbesondere um die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit besonderem Fokus auf Compliance-Strukturen, Gremienaufsicht und Transparenz. – Über eine Zustimmung würde sich der Senat freuen.

Ronald Gläser (AfD) bringt zum Ausdruck, seine Fraktion befürworte, dass es künftig mehr Transparenz geben solle. Es sei allerdings auch wichtig, bei den öffentlich-rechtlichen Sendern Mechanismen dafür zu finden, dass objektiv und ausgewogen berichtet werde. Derzeit habe die Berichterstattung eine Schlagseite. Dazu gehöre beispielsweise, dass nur wenige AfD-Mitglieder in Talkshows eingeladen würden. Auf seine Frage, was für eine ausgewogene Berichterstattung getan werde, habe ein rbb-Vertreter auf das Redaktionsstatut verwiesen. Letzteres verhindere, dass die Senderleitung auf die Redaktionen Einfluss nehmen könne. Der Senat streiche allerdings die Forderung nach ausgewogener Berichterstattung aus dem Programmauftrag heraus. Dies sei ein Schritt in die falsche Richtung.

Darüber hinaus säßen in den Aufsichtsgremien Parteisoldaten aus roten und schwarzen Freundeskreisen. – Nur mehr Kontrolle sei nicht die richtige Antwort auf die bestehenden Probleme bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Die Sender müssten sich auf einen Kernbereich beschränken, was weniger Programme, weniger Personal und weniger „Zwangsbeitrag“ zur Folge hätte. – Seine Fraktion werde der Vorlage – zur Beschlussfassung – nicht zustimmen.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) merkt an, der Staatsvertrag sei von 16 Bundesländern ausgehandelt worden. Es werde nicht besser, wenn die AfD-Fraktion bei jedem Tagesordnungspunkt Desinformation verbreite und Schreckgespenster an die Wand male. Die Parteien wirkten nach Artikel 21 GG bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie wünsche sich, dass sich mehr Menschen in Parteien engagierten. Sie weise die „Schmutzkampagne“ seitens der AfD-Fraktion zurück.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1101 möge zugestimmt werden.

Vorsitzender Andreas Otto hält fest, dass die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0967 – zur Kenntnis genommen und die Besprechung abgeschlossen sei.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1055 **Gesetz zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich der Medien**	0080 BuEuMe

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erinnert daran, das Abgeordnetenhaus sei bereits im Juni über das Vorhaben informiert worden. Der Entwurf des Siebten Änderungsmedienstaatsvertrags sei dann am 13. Juni vom Regierenden Bürgermeister unterzeichnet worden. Mit dem Zustimmungsgesetz würden die medienrechtlichen Regelungen, die im Staatsvertrag zusammengefasst seien, ins Berliner Landesrecht transformiert.

Wesentlicher Grund für die Novellierung sei die finanzielle Besserstellung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg – mabb –. Der Vorwegabzug werde reduziert. Die mabb benötige zusätzliche Mittel, die sie erhalte. Neben dem Rechnungshof von Berlin werde künftig auch der Landesrechnungshof Brandenburg gleichberechtig das Recht zur Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der mabb erhalten. Zudem werde die Amtszeit der Mitglieder des Medienrates begrenzt. Außerdem würden Änderungen, die auf die Pandemiezeit zurückgingen – beispielsweise hybrides Tagen – übernommen. – Er bitte um Zustimmung.

Ronald Gläser (AfD) erklärt, er bleibe bei seiner ablehnenden Haltung, weil die Landesregierungen auf Nachfrage erklärt hätten, dass die Grundsätze der Nachhaltigkeit weit ausgelegt werden sollten. Aus seiner Sicht seien diese Grundsätze eine ideologiegetriebene Forderung, die in einem Staatsvertrag nichts zu suchen hätten. Auch wenn jetzt ein bestimmter Personenkreis von der Lizensierungspflicht im Internet befreit werde, so werte seine Fraktion diese Pflicht insgesamt als falsch. – Insgesamt wünsche er sich mehr Transparenz der mabb. Er befürchte allerdings, dass der in Rede stehende Staatsvertrag diesem Ziel nicht diene. Seine Fraktion werde dem Staatsvertrag deshalb nicht zustimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1055 – möge zugestimmt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Stefan Häntsch (CDU) regt an, der Ausschuss sollte außerhalb der bereits angesetzten Ausschussreise in Brüssel tagen und dabei dem Berliner Büro einen Besuch abstatten. Seines Wissens liege die letzte Reise nach Brüssel rund zehn Jahre zurück.

Vorsitzender Andreas Otto berichtet, die letzte geplante Brüsselreise sei daran gescheitert, dass man sich nicht auf ein Verkehrsmittel habe verständigen können. – Er sage zu, eine Anfrage an das Berliner Büro zu richten. Grundsätzlich könnten in einer Legislaturperiode eine Reise nach Brüssel sowie eine weitere Reise durchgeführt werden.

Carsten Schatz (LINKE) ergänzt, die zuletzt geplante Brüsselreise sei an Corona gescheitert. Sie hätte im März 2020 stattfinden sollen.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) stellt dar, mittlerweile sei nach den Reiserichtlinien eine Einigung auf ein Verkehrsmittel nicht mehr zwingend geboten. – Sie bitte darum, dass das Ausschussbüro einen Terminvorschlag unterbreite, wobei auch die Reisetermine anderer Ausschüsse in den Blick genommen werden müssten.

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.